



Bundesjustizministerin Brigitte Zypries hat der Priesterbruderschaft St. Pius X. extremistische Tendenzen unterstellt und diese Priestergemeinschaft mit islamischen Terroristen auf eine Stufe gestellt. Wegen dieser unverschämten und diskriminierenden Beleidigung, die eine juristische Klärung erfordert, sowie wegen der Einmischung in innerkirchliche Angelegenheiten fordern wir den unverzüglichen Rücktritt dieser Ministerin.

-

Wörtlich sagte die Ministerin: „Im Umgang mit solch religiösen Extremisten muss das Gleiche gelten wie im Umgang mit Rechtsextremisten“, forderte Zypries in Berlin. Äußerungen der Piusbrüder machten deutlich, dass Demokratie und Freiheit nicht nur von islamistischen Fundamentalisten bedroht seien, sagte sie nach Angaben der Katholischen Nachrichten Agentur (KNA).

Der Anlaß zu diesem Haßausbruch der linken Ministerin war der Appell der Bruderschaft im Vorfeld des Christopher Street Day (CSD) in Stuttgart. Die Piusbruderschaft hat zu einer Mahnwache in der baden-württembergischen Landeshauptstadt aufgerufen.

Schon in den vergangenen Jahren haben Gläubige und Priester, die mit der Piusbruderschaft verbunden sind, gegen den unsittlichen und perversen Homoaufmarsch in Stuttgart friedlich mit Gebeten protestiert. Ein Vergleich dieses Protestes mit dem Terror und Massenmord islamistischer Terroristen ist eine schwere Beleidigung, die von einer Ministerin, die keine einseitigen Interessen vertreten darf, nicht hingenommen werden kann. Noch niemals haben Katholiken Gewalt ausgeübt und sie werden dies auch niemals tun, da dies der Religion der Liebe unseres Herrn Jesus Christus widerspricht. Vielmehr sind Christen stets Opfer von Gewalt, nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland. So kam es beim letzten Christopher Streets Day in Stuttgart, wie auc bei Demonstrationen gegen Abtreibung zu gewalttätigen Übergriffen linksfaschistischer und homosexueller Angreifer.

Die Justizministerin dreht jetzt die Tatsachen um und vergleicht friedfertige Katholiken mit gewalttätigen Terroristen und Rechtsradikalen.

Der im jüngsten Mitteilungsblatt der Piusbrüder abgedruckte Aufruf sei nach Zypries eine

„unerträgliche Beleidigung der Opfer des Nationalsozialismus und eine Diffamierung von Homosexuellen“, sagte Zypries. Sie rief die katholische Kirche auf, einen klaren Trennungsstrich zu ziehen. Die Kirche dürfe nicht dulden, „dass unter ihrem Dach oder auch nur in ihrem Halbschatten solche Fanatiker ihr Unwesen treiben können“. Diese Aussage ist ein Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kirche, die vom Grundgesetz nicht erlaubt ist.

Eine Justizministerin, die ihre Aufgabe darin sieht, sittlich verderbliche, und Kirche und Papst beleidigende Veranstaltungen zu verteidigen, anstatt das Gemeinwohl zu wahren und junge Menschen und Kinder vor halbnackten und nackten Homosexuellen, die mitten durch die Innenstädte ziehen um Propaganda für die Praktizierung von Homosexualität zu machen, ist nicht weiter tragbar.

Doch wir haben Wahlkampf, und da die SPD ein Ergebnis unter 20% der Stimmen einfahren könnte, ist jede Stimme wichtig. Auf Katholiken muß diese linke Ministerin nicht hoffen, so kann sie sich bei den Homosexuellen anbieten und von dort ein paar Stimmen zu bekommen, natürlich am besten durch Beleidigung und auf Kosten traditionsverbundener und papsttreuer Katholiken.

[Schreiben Sie der Ministerin und fordern Sie diese zum Rücktritt auf.](#) Juristische Schritte gegen die Beleidigung werden derzeit geprüft.